Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 39 (1959-1960)
Heft: 6

Artikel: Neue politische Gruppierungen in Afrika
Autor: Saint-Chamant, Jean de
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160957

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

NEUE POLITISCHE GRUPPIERUNGEN IN AFRIKA

VON JEAN DE SAINT-CHAMANT

Die französisch-afrikanische Gemeinschaft organisiert sich

Ganz Afrika ist auf seiner Suche nach Unabhängigkeit in Aufwallung begriffen. Seit einem knappen Jahr hat die Gärung das Gürtelgebiet des Kontinents in seiner ganzen Ausdehnung erfaßt. Auf die Konferenz von Accra, die Abspaltung Guineas, die Aufstände beidseitig des Kongo folgte zu Beginn des Frühlings der Versuch einer allgemeinen Erhebung in Njassaland, und jetzt spitzt sich die Lage auch in der südafrikanischen Provinz Natal zu, wo die Polizei einer blutigen Revolte gegenüberzutreten hat. Muß man glauben, daß sich «die Herrschaft des weißen Mannes ihrem Ende zuneigt», wie in Tanganjika Julius Nyeréré, der Präsident der afrikanischen Nationalen Union, feierlich erklärte? Indessen bleibt zur gleichen Zeit das französische Westafrika verhältnismäßig ruhig. Die afrikanischen Glieder der französischen Gemeinschaft haben Wahlen hinter sich, die neuen Regierungen sind gebildet und verfügen meistens über eine sichere und dauerhafte Mehrheit, die ihnen die Ausübung ihrer vollen Autorität gestatten wird.

Afrika organisiert sich. Die Gebiete, welche früher die A.O.F. (Afrique Occidentale Française) und die A.E.F. (Afrique Equatoriale Française) bildeten, sind heute selbständige Republiken geworden, versehen mit einer lokalen Exekutive und mit repräsentativen Parlamenten. Diese zwölf Republiken (unter Abstrich Guineas, das sich von der französisch-afrikanischen Einheit gelöst hat) bilden zusammen mit Frankreich das, was man die Communauté nennt. Wie das Mutterland haben auch die überseeischen Gebiete den Wortlaut der neuen Verfassung, welche ihren Status festlegt, mit starkem Mehr angenommen. Die afrikanischen Nationalisten verfügen nunmehr über alle politischen Rechte und können sich, wenn sie es wünschen, aus der Gemeinschaft zurückziehen, der sie aus freien Stücken beigetreten sind. Diese Freiheit hat dazu geführt, daß gleichzeitig mit der französisch-afrikanischen Gemeinschaft, welche jetzt zu den großen Staatenvereinigungen der Welt zählt, zwei Staatengruppen — um nicht zu sagen Blöcke — ungleicher Zusammensetzung entstanden sind, die sich bis jetzt befehdeten: der Bundesstaat Mali, welcher Senegal und Sudan umfaßt, und die Gruppe von vier Ländern, die man als die Union Sahel-Bénin bezeichnet hat (Elfenbeinküste, Dahomey, Haute-Volta, Niger).

Nach mehreren Monaten der Verwirrung und des Wahlfiebers,

welche auf die Einführung der neuen Institutionen folgten, sind die afrikanischen Führer die Notwendigkeit gewahr geworden, das vor dem Zerfall zu retten, was nolens volens das Kolonisationswerk Frankreichs darstellt. Jenseits der Rivalitäten der Eigenliebe erschien es ihnen wichtig, die Vorteile der Gemeinsamkeit zu bewahren und zu entwickeln, ohne deshalb den Charakter der einzelnen Staaten zu opfern.

Da es sich jedoch um Menschen handelt, Menschen mit sehr verschiedenen Ansichten, so haben ihre Unstimmigkeiten zu einer Erweckung des alten Streites um den Föderalismus geführt. Auf der persönlichen Ebene stehen die Bestrebungen Leopold Senghors, eines begabten Schriftstellers, Senators der Communauté und Präsidenten des P.F.A. (Parti Fédéral Africain), gegen jene eines Houphouet-Boigny, des Bürgermeisters von Abidjan, Gründers und Präsidenten des R.D.A. (Rassemblement Démocratique Africain), der vor kurzem noch Staatssekretär in der gegenwärtigen Regierung Debré war. Jeder sucht auf seine Weise den Weg zur afrikanischen Einheit, und der Westen wäre unklug, wollte er sich dem in den Weg stellen. Es liegt an den Beteiligten selbst, und nur an ihnen, über ihre Zukunft zu entscheiden. Zwischen Leopold Senghor und Houphouet-Boigny findet ein ideologischer Waffengang statt, während ein Schnellauf zwischen Dakar und Abidjan im Gange ist, das heißt zwischen den beiden Hauptstädten des afrikanischen Westens, wo jeder der beiden großen Führer eine Vorrangstellung einnimmt.

Zwei gegensätzliche Auffassungen: Bundesstaat Mali und Union Sahel-Bénin

Die Rivalität zwischen Dakar und Abidjan ist nicht nur geographisch bedingt, wie zum Beispiel jene zwischen Genua und Marseille, sondern sie ist auch Ausdruck zweier verschiedener politischer Auffassungen, zweier Gedankenrichtungen, welche die afrikanische Elite bewegen. Die einen wünschen, daß sich die Communauté als ein eigentlicher Bundesstaat bekräftige, die anderen möchten sie zu einem Staatenbund weiterschreiten sehen. Während für Leopold Senghor oder Mamadou Dia die volle Unabhängigkeit und eine wirtschaftliche Verbindung mit Frankreich das Ziel bleibt, arbeitet Houphouet-Boigny entschlossen darauf hin, die Elfenbeinküste in direkter Fühlungnahme mit Paris zum Wohlstand zu führen.

Ohne in dieser ausschließlich afrikanischen Auseinandersetzung Partei zu nehmen, zitieren wir die folgenden Worte Senghors, deren gehobener Ton zeigt, daß für ihn das Problem nicht weniger psychologisch als politisch ist: «In Frankreich kritisiert man uns, weil wir nicht einfach zu allem ja sagen. In Afrika tadeln uns die Opportunisten, weil wir es vorziehen, einen klaren Kopf zu behalten, weil wir die Wirk-

lichkeit der in der Verbindung vorbereiteten und organisierten Unabhängigkeit dem Abenteuer der unmittelbaren Unabhängigkeit vorziehen, die nur dem Namen nach bestünde. Gegen Wind und Wellen werden wir unseren Mittelweg behaupten. Er allein entspricht den Gegebenheiten der Stunde und dem humanistischen Ideal, welches das unsere ist.»

Entsprechend dem Wunsch von Leopold Senghor, Lamine Guèye, Modibo Keita, Mamadou Dia, alles feurigen Förderern der afrikanischen Einheit, ist vor einem Jahr auf der Konferenz von Bamako der Bundesstaat Mali geplant und später in Dakar proklamiert worden. Er bezieht seinen Namen von dem alten Mandingenreich des 12. Jahrhunderts, das vom Senegal bis zu den jetzigen Grenzen Dahomeys reichte. Teilweise zum Islam bekehrt, unterhielt dieses große Königreich, das mit Ägypten und Marokko Handel trieb, auch Beziehungen zu Europa, und Johann II. von Portugal schickte ihm Gesandte. Dank der Berichte dieser portugiesischen Diplomaten besitzen wir heute einige genaue Auskünfte über die Existenz des Mali, obwohl eine Lokalgeschichte vollständig fehlt. Gemäß einem Gesetz, das sich in der Entwicklung Afrikas mehr als einmal bewiesen hat, folgt auf die Bewegung, welche vom Dorf zum Kaiserreich führt, eine Gegenbewegung zum ursprünglichen Dorf hin. Nach vier Jahrhunderten ist das Mali-Reich zusammengebrochen, ohne Spuren zu hinterlassen. Seine Hauptstadt war Niani am Niger.

Der Bundesstaat Mali, der ursprünglich vier Staaten umfaßte (Senegal, Sudan, Dahomey, Haute-Volta), vereint jetzt nur noch die beiden großen Gebiete Senegal und Sudan. Mauretanien, das zum Beitritt eingeladen wurde, hat durch seinen jungen und sympathischen Ministerpräsidenten Moktar Ould Daddat geantwortet, daß es vorläufig davon zurückstehe, jedoch bereit sei, mit dem neuen Bund einzelne Übereinkünfte und Verträge wirtschaftlicher und kultureller Natur zu schließen. Man muß festhalten, daß die nationalistische Partei Mauretaniens dem Mali nicht günstiger gesinnt ist als den marokkanischen Ansprüchen auf die mauretanischen Grenzgebiete in der Sahara, welche Ansprüche übrigens durch kein ernsthaftes historisches Argument zu rechtfertigen sind, trotz der mehr als zweifelhaften Behauptungen der Häupter des Istiqlal in Rabat.

In seiner verringerten Form (Senegal und Sudan) erfaßt der Bundesstaat Mali immer noch ein Gebiet von 1 400 000 km² und sechs Millionen Einwohnern. Er besitzt eine Fahne und hat sich eine stolze Devise zugelegt: *Ein Volk, ein Ziel, ein Glaube.* Man darf wohl annehmen, daß hier im weiten, empfindsamen und geheimnisvollen Afrika eine neue Kraft den Anfang ihres Wirkens genommen hat. Die Vereinigung der beiden Länder liegt in der Natur der Dinge, und der Drang zur Einheit wird durch die Tatsache gestärkt, daß der Senegal für den Sudan den Zugang zum Meer bedeutet. Aber noch ein anderes Band nähert die beiden Staaten einander: die muselmanische Religion. Es ist vorgesehen,

daß der Bund jedem autonomen Staat Afrikas offen stehen soll, der ihm beizutreten wünscht. Seine Sprache ist das Französische, sein Sitz, der durch ein Gesetz überallhin verlegt werden kann, wird Dakar sein.

Der Bundesstaat Mali bekundet seine Entschlossenheit, mit den ihm nicht angehörenden Nachbarstaaten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten. Es ist so vorauszusehen, daß andere Gebiete versucht sein könnten, ihm beizutreten. Die Präambel der Verfassung des Mali verkündet denn auch den Willen des Gesetzgebers, «die afrikanische Einheit auf einer nationalen Grundlage zu verwirklichen», wodurch der Zusammenhalt und die Dauerhaftigkeit der Communauté gewährleistet würden. Aber die Ausdrücke *afrikanische Einheit* und *nationale Grundlage* zeigen deutlich, was die Richtung der Bundesregierung und die Ziele ihrer Politik sein werden. Man kann sich dabei an die Führer der afrikanischen Bundespartei (Parti Fédéral Africain) halten, welche kürzlich in Dakar gegründet wurde, deren Vizepräsident Bakary Djibo ist, und die ganz im Sinne dieser Einheitsbestrebungen wirkt. Geschickt im Manövrieren, hat Bakary Djibo im Namen der U.G.T.A.N. (Union Générale des Travailleurs d'Afrique Noire), wenn nicht gerade Aufwiegelung und Revolution, so doch stets extremistische Positionen vertreten. Er stützt sich in Dakar auf die kommunistenfreundlichen Teile der Jugend und der Gewerkschaften, welche er im P.F.A. vertritt und welchen er die politischen Grundsätze einzuschärfen bemüht ist, die man ihm in Prag beigebracht hat.

Es ist zu sagen, daß der sowjetische Einfluß, der im Lauf der letzten Jahre in Mittelafrika sehr tief eingedrungen ist, keine besseren Stützen als die Leiter der U.G.T.A.N. besitzt, wie auch in Marokko die U.M.T. (Union Marocaine du Travail) Komplizin der russischen Anschläge gegen den Westen ist. Immerhin zeigen sich Risse im Innern der U.G.T.A.N., welche Sekou Touré in Conakry (Guinea) unter der Knute hält und in den Dienst seines panafrikanischen Ehrgeizes stellt. Die sudanesischen und senegalesischen Gewerkschaftsführer, die ihre Handlungen und Forderungen nicht der Politik Guineas unterordnen wollen, haben sich selbständig gemacht. Sie beraten gegenwärtig über eine neue Gewerkschaftszentrale, von der die Kommunisten ausgeschlossen sein werden.

Mamadou Dia, der Ministerpräsident von Senegal und tätige Animator der afrikanischen Einheit, bemüht sich nach Kräften, die Befürchtungen zu zerstreuen, welche der neue Bund unter den Gliedern der Communauté weckt. Er zögerte lange, bevor er die Ja-Parole für die Volksbefragung ausgab. Durch das Prestige Sekou Tourés angezogen, dachte er sogar vorübergehend daran, die Schicksale des Senegal an jene Guineas zu binden. Aber der Machteinfluß eines kommunistischen ‚Apparates' auf dieses Land, der sich nach der Proklamation der Unabhängigkeit sogleich verschärfte, ließ den senegalesischen Führer viel

nachdenken. Seit neun Monaten haben sich seine Überzeugungen immer mehr gefestigt, und heute bemüht er sich mit neuem Eifer darum, die Idee des Mali mit dem Prinzip der Communauté in Einklang zu bringen. Als er kürzlich vor jungen Nationalisten das Wort ergriff, welche ihren Wunsch nach Emanzipation bekundeten und ihn mit drohenden Sprechchören begrüßten, sagte er: «Betrachtet die Welt mit Aufmerksamkeit, und ihr werdet feststellen, daß viele Länder weniger unabhängig sind als wir, obschon sie über eine nominelle Unabhängigkeit verfügen. Ich gehe noch weiter: wir sind im Rahmen der Communauté ebenso unabhängig wie Frankreich. Die Kontroversen über die Unabhängigkeit, die noch bestehen, sind nur Auseinandersetzungen von Intellektuellen, und die Stunde gehört nicht mehr den unnützen Reden, sie gehört dem Aufbau des Mali.»

Die afrikanischen Eliten in Bewegung

Die Fähigkeiten der schwarzen Staatsmänner bedürfen keines Beweises mehr. Wohl führen sie zum Teil eine andere Sprache, je nachdem ob sie sich in der Hauptstadt oder zu Hause äußern. Das müssen sie tun, um ihren Mitbürgern gegenüber den Versprechungen der extremistischen Führer zuvorzukommen. Diese sind der großen nationalistischen Welle nicht entgangen, welche seit dem letzten Weltkrieg über die kolonisierten Völker hinwegbrandet, vom Chinesischen Meer bis zum Atlantik. So konnte das schwarze Afrika nicht gleichgültig bleiben gegen die Unabhängigkeit Marokkos und Tunesiens, gegen Dien Bien Phu, den Krieg in Algerien, gegen Bandung, Kairo, Moskau, Peking und noch weniger gegen die Wandlung des afrikanischen Kontinents. Die Meinungen gehen nur über die Mittel auseinander, deren sich die Afrikaner bedienen und bedienen werden, um diese Wandlung herbeizuführen. Auf der einen Seite hält man zur Communauté (Houphouet-Boigny), auf der anderen mißtraut man ihr, weil man ihr vorwirft, sie «balkanisiere» Afrika, anstatt ein bundesstaatliches System zu errichten (Leopold Senghor).

Wenn der Bürgermeister von Abidjan trotz seines versöhnlichen Geistes der Konzeption des Mali feindlich bleibt, so deshalb, weil er an seinem Glauben an die Zukunft der französisch-afrikanischen Gemeinschaft festhält. Er weiß, daß auch das magische Wort Unabhängigkeit nicht die Macht hat, die manche ihm zuschreiben. So erklärte er: «Jenen, welche Botschafter ohne Botschaften und Marschälle ohne Armeen wollen, halte ich entgegen, daß die Gemeinschaft greifbare Resultate bringt und der Jugend neue Möglichkeiten eröffnet.» Den gehässigen Angriffen, die ihm mehrmals von Dakar her kamen, begegnete er immer mit beispielhafter Mäßigung. Bei seinem Vorgehen setzt er ganz auf die

Politik der Zusammenarbeit, die er gemeinsam mit Frankreich und seinen afrikanischen Nachbarn zu verfolgen wünscht. In Anbetracht der wirtschaftlichen Forderungen, welchen die jungen afrikanischen Republiken gegenüberstehen, schlägt er die Bildung eines Verständigungsrates, «Conseil de l'Entente» genannt, und eines Solidaritätsfonds zugunsten der drei schon erwähnten Länder Dahomey, Haute-Volta und Niger vor, denen die reiche Elfenbeinküste finanzielle Unterstützung brächte. Jeder Staat würde als Zeugnis seines Wunsches nach Zusammenarbeit auf einen Teil seiner eigenen Mittel verzichten. Die Verteilung wäre umgekehrt proportional zu den Beiträgen: wer am meisten bezahlte, erhielte am wenigsten. Dahomey, Haute-Volta und Niger stimmen diesen Plänen so sehr bei, daß sie sich soeben geeinigt haben, mit der Elfenbeinküste eine vollständige Zollunion einzugehen.

Der Conseil de l'Entente als oberste Instanz der Union Sahel-Bénin nimmt sich überdies vor, die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten in bezug auf Finanzen, Justiz, Arbeit und öffentliche Ämter in Einklang zu bringen. Präsident Houphouet-Boigny hat betont, daß die Zollunion auf die sieben Länder der ehemaligen Kolonie Französisch-Westafrika ausgedehnt werden könnte, also auch auf die Staaten des Mali. So hat sich eine Annäherung zwischen den beiden Gruppen abzuzeichnen begonnen, die sich bis jetzt die Stirn boten. Das kann dem Senegal nur nützen. Auf zwei Staaten beschränkt, stellt der Bundesstaat Mali dem für zwanzig Millionen gedachten großen Hafen von Dakar kein wirtschaftlich genügendes Hinterland zur Verfügung. Es zeigt sich so, daß der Senegal, mag er auch politisch dem Mali verbunden bleiben, daran interessiert ist, sich mit seinen Nachbarn zu einem größeren Ganzen zu vereinen, das ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bilden würde.

Niemand vertritt diese Solidarität der durch gleiche Interessen verbundenen Glieder der Communauté mit größerem Einsatz als der Bürgermeister von Abidjan. Wenn er indessen Zweifel über den Bundesstaat Mali hegt, so deshalb, weil er glaubt, daß dieser eines Tages Ursache eines Konfliktes mit der Spitze der Communauté werden könnte. Die Verbindung des Bundesstaates mit der Communauté wird in der Tat immer verwundbar bleiben.

Seit die jungen afrikanischen Republiken zu politischem Leben gelangt sind, beweist ihre Entwicklung, daß die Formeln der Koordination der Natur der Dinge entsprechen und daß sie es sind, die sich schließlich den Staaten Westafrikas aufdrängen werden. Immerhin werden diese Staaten nicht nur durch politische Kräfte in ihrem Innern auf die Bahn der Unabhängigkeit getrieben. Ebenso wichtig sind internationale Ziele und Begehrlichkeiten. Man weiß um die Vorherrschaftsansprüche der afrikanischen Extremistenführer und um ihre Expansionswünsche. Seit Ghana und Guinea ihre theoretische Vereinigung proklamiert haben, sieht sich die Elfenbeinküste

trotz ihrer bevorzugten ökonomischen Lage in einer weniger günstigen Stellung. Wie könnten getrennte Gebiete der Anziehungskraft mächtigerer Nachbarn widerstehen, die ihrerseits dem Einfluß dieser oder jener in Afrika stark verwurzelten europäischen Nation unterstehen? So wird zum Beispiel Togo wahrscheinlich durch das bald unabhängige britische Nigeria angesogen werden, das nicht weniger als 35 Millionen Einwohner zählt. England, das unter der Hand das Vorgehen Sekou Tourés unterstützt und die Annäherung zwischen Ghana und Guinea begünstigt hat, zeigt sich der Schaffung dieser großen Einheiten wohlgesinnt, welche neue, seinen Interessen offene Einflußzonen darstellen.

Um diesem Tatbestand zu begegnen, haben die westafrikanischen Staatsmänner, mögen sie Houphouet-Boigny oder Leopold Senghor heißen, die Schaffung von Zusammenschlüssen und Föderationen ins Auge gefaßt, damit die bisher zerstückelten Gebiete nicht einzeln, sondern gruppiert und infolgedessen mit größerer Stärke in die Communauté eintreten. Auf Grund des Prinzips der freien Selbstbestimmung, auf dem die Communauté beruht, hoffen die afrikanischen Führer, sie in Richtung auf den Aufbau eines weiten multinationalen Staates zu lenken, der ihren Wünschen entspräche. Man muß deshalb schon jetzt voraussehen, daß die Leiter der neuen afrikanischen Republiken früher oder später dazu kommen werden, die schon bestehenden Gruppierungen zu erweitern, das heißt sie zusammenzuschweißen, um nicht mehr nur zu lokalen Einheiten zu gelangen, sondern — man muß es zu sagen wagen — zur Vereinigung ganz Afrikas.

Wird die extremistische Tendenz siegen?

Diese zweifellos schwierige Aufgabe wird ein erster Schritt zu jener Afrikanisierung sein, welche auf den Kongressen von Bamako und Ibadan, der Hauptstadt Westnigerias, wo kürzlich die Versammlung der Intellektuellen der schwarzen Welt stattfand, nachdrücklich gefordert wurde. Diesen verschiedenen Zusammenkünften folgte einen Monat später das Gespräch der schwarzen Schriftsteller und Künstler in Rom, die den extremistischen Thesen ihre begeisterte Zustimmung bezeugten, ohne jede Rücksicht auf die europäischen Zuhörer. Man wird sich nicht wundern, daß mehrere Redner, ohne ihre Verbundenheit mit der westlichen Kultur zu leugnen, soweit gingen, den Weißen ihr sündhaftes Eingreifen in das Leben der Schwarzen vorzuwerfen und, nach einem beliebt gewordenen Wort, eine Wiedergeburt der *négritude* zu wünschen, das heißt eine «schwarze» Zukunft.

Es brauchte ohne Zweifel einen solchen Kongreß, um uns diese verblüffende Tatsache zu lehren: Europa gilt den afrikanischen Intellektuellen als verantwortlich für die Teilung Afrikas nicht nur im Raum,

sondern auch in der Zeit, und für die Zerstörung der autochthonen Kultur der farbigen Länder.

Man zweifelt nicht daran, daß Männer wie Houphouet-Boigny, Mamadou Dia und mehrere andere solch anfechtbare Gedanken zurückweisen und sogar gelegentlich deren Umsichgreifen unter ihren Mitbürgern bekämpfen. Aber sie sind auch den äußersten Extremisten tributpflichtig, die manchmal ihre Verbündeten von gestern sind, und sie werden selber in der Zukunft durch die allgemeine Entwicklung des schwarzen Kontinents bestimmt werden. In diesem Zusammenhang ist es interessant, den folgenden Ausspruch Senghors zu zitieren, dessen feuriger Nationalismus sich mit einer hohen westlichen Bildung verbindet: «Die Araber sind Abstrakte, sie sind fähig, für eine Idee zu sterben; wir, die Schwarzen, deren Wesen von Grund auf empirisch ist, können das nicht.»

Seit mehreren Monaten ist ganz Afrika in einem politischen Wirbel begriffen, der die Landkarten durcheinanderwirft und die bis jetzt anerkannten Voraussetzungen des afrikanischen Problems ändert. Man hat diese Gärung auf der ganzen Weite des Tropengürtels feststellen können: heftige Konflikte in Brazzaville, die von der Fortdauer des Hasses zwischen M'Bochis und Balalis zeugen, Aufstände im Tschad, wo Araber und Saras aneinandergeraten, in Conakry, wo die Soussous die Foulbès angreifen, in Belgisch-Kongo, wo acht christliche Schulen mit 11000 Schülern ihre Tore schließen mußten, in Njassaland und Nordrhodesien, wo die Aufständischen das Land mehrere Wochen unter ihren Terror zwingen, und schließlich in Durban, wo 50000 Zulus, Männer und Frauen, in die Stadt drangen und mit Stöcken und Fäusten gegen die Polizei kämpften. Dieselben gereizten Leidenschaften ergreifen alle afrikanischen Völker. Vom atlantischen Westen bis zum ehemals italienischen Somaliland ist der afrikanische Kontinent verschiedenen nationalistischen Bewegungen ausgesetzt, die sich nicht mehr mit der Forderung nach Unabhängigkeit begnügen, sondern jene großen afrikanischen Zusammenballungen — wie die des Mali und des Bénin — wiederherstellen wollen, an welche sich die jungen Intellektuellen sehnsüchtig erinnern.

Eurafrika als die Zukunft der Communauté

Der Großteil der Elite des ehemals französischen Afrika begrüßt jedoch die Verfassung, über welche sie am letzten 28. September abgestimmt hat und anerkennt die von Paris vorgeschlagenen Regelungen in bezug auf die «gemeinsamen Kompetenzen», welche bis jetzt Frankreich vorbehalten bleiben: Außenpolitik, Verteidigung, Hochschulwesen, Finanzen usw. Die Ernennung von autochthonen beratenden Ministern, die

unter den bekanntesten Persönlichkeiten Westafrikas und Madagaskars ausgewählt werden, wird sie von nun an der Leitung der Communauté beteiligen. Sie werden an diplomatischen Missionen teilnehmen und Frankreich an internationalen Konferenzen vertreten können. Man darf hoffen, daß dieses sehr legitime Entgegenkommen gegenüber den afrikanischen Abgeordneten deren Bindung an die Communauté verstärken wird, deren Präsident der französische Staatschef ist. Dieser legte, indem er sich ein weiteres Mal nach Madagaskar begab, Wert darauf, durch seine Anwesenheit der Tagung des Exekutivrates, welche am 7. Juli in Tananarive stattfand, größeres Gewicht zu geben, und er hat dadurch der Gleichheit und Solidarität der verschiedenen Republiken untereinander Ausdruck verliehen.

So durchlaufen die französischen Staaten der Gemeinschaft allmählich ihre demokratische Lehrzeit. Der Gang ihrer Entwicklung während der letzten sechs Monate erlaubt es, die nahe Zukunft mit abgestuftem Optimismus zu beurteilen. Die Errichtung einer Zollunion zwischen den Staaten der Union Sahel-Bénin und jenen des Mali entspricht, wie wir sagten, den Wünschen der lokalen Führer. Diese Zollunion, deren Bedeutung noch nicht abzuschätzen ist, öffnet den Weg zu einem afrikanischen gemeinsamen Markt, dessen Nutznießer eines Tages zwanzig Millionen Konsumenten sein werden.

Steht nicht zu erwarten, daß jetzt, da die französisch-afrikanische Gemeinschaft geboren ist, noch andere Gruppierungen, andere Föderationen in Afrika entstehen werden? Und wo wird ihr magnetischer Pol liegen? Diese Frage muß man sich stellen, denn in diesem Augenblick bemühen sich Washington, Moskau, London, Kairo und sogar Peking darum, ihre Anziehungskraft auf dem afrikanischen Kontinent geltend zu machen.

Frankreich seinerseits hat durch eine Reihe von Erlassen die Art seiner Beziehung zu den jungen afrikanischen Staaten festgelegt, deren Unabhängigkeit es anerkannt hat. Die Prüfung dieser Texte ergibt, daß es das Hauptbestreben des Gesetzgebers war, jeden Rest von Gehorsamsbindung zwischen diesen Staaten und Frankreich auszulöschen. Alle ergriffenen Maßnahmen weisen auf dasselbe Ziel: zwischen der Hauptstadt und den Gebieten der ehemaligen A.O.F. und A.E.F. ein Klima des Vertrauens und der Übereinstimmung zu schaffen, welches für die Gewährleistung der neuen Einrichtungen unerläßlich ist. Man muß also wünschen — und die kürzliche Zusammenkunft des Exekutivrates der Gemeinschaft in Tananarive erlaubt diese Hoffnung —, daß der ideologische Streit um Bundesstaat und Staatenbund, der Dakar und Abidjan trennt, sich endgültig beruhige. Die Communauté wird in dem Maße lebenskräftig sein, als sie mit den alten Vereinheitlichungs- und Zentralisierungspraktiken brechen wird. Es steht ihr zu, alle ihre Mitglieder davon zu überzeugen, daß sie ihnen einen freien und ausgewogenen

politischen Existenzmodus bietet, neben dem die ungesunde Heftigkeit des Panafrikanismus sich wie ein neuer Imperialismus ausnimmt. Die Communauté ist nichts anderes als der erste Schritt auf jenes so wünschbare Eurafrika zu, welches nicht mit Erinnerungen und sehnsüchtigem Bedauern gebaut werden wird, sondern mit dem gegenseitigen guten Willen der Afrikaner und Europäer.

Lenin sagte vor mehr als dreißig Jahren: « Die Eroberung Europas wird durch Afrika geschehen », denn, fügte er hinzu, « wenn die kapitalistische Welt so eingekreist sein wird, muß nur noch der letzte Ansturm unternommen werden. » Dieses Manöver ist in vollem Gange . . .

Der Übergriff auf Afrika hinwiederum wird methodisch durch die Politik, die Wirtschaft und die Ausbildung von Spezialisten an den Moskauer und Leningrader Universitäten vorbereitet. Dort werden die afrikanischen Sprachen studiert und das Erscheinen russischer Wörterbücher der Haussa- und Suahelisprache ist angekündet. Man müßte also recht blind sein, um nicht zu sehen, daß Afrika und die Seewege, die es einrahmen, das eventuelle Ziel der russischen Strategie, mithin der Politik darstellen.